



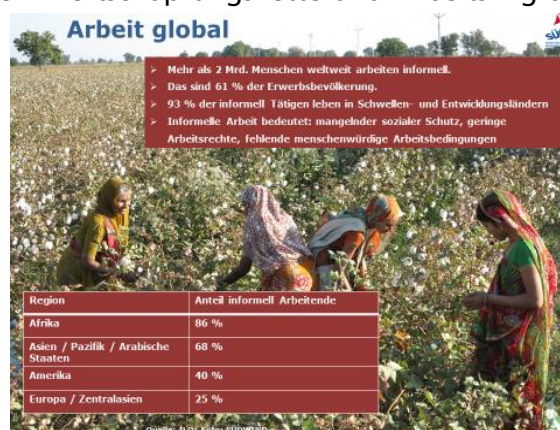
*Liebe Frauen,  
bei dem Thema Globale Marktwirtschaft geht der Fokus bezüglich Defizite häufig in Richtung Schwellen- und Entwicklungsländer (Globaler Süden). Da die Märkte jedoch in engem Zusammenhang stehen, sollte dieser Blick auch in den Norden gelenkt werden. Damit Erwerbsarbeit für Frauen ein erfolgreicher Weg in die Selbständigkeit und Selbstermächtigung wird, ist es unabdingbar, dass die Richtlinien des Internationalen Arbeitsrechts weltweit berücksichtigt werden. In den Referaten und Gesprächen klang immer wieder an, dass zu einem erfolgreichen Empowerment der Zugang zu Bildung unabdingbar ist!*  
Petra Löwenbrück, Sprecherin

## Erwerbsarbeit und Selbstbestimmung

Menschenwürdige Erwerbsarbeit als unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben – diese Aussage mit Blick auf die Situation von Frauen weltweit stand im Mittelpunkt der Jahrestagung 2020 des Ständigen Ausschusses Frauen und Erwerbsarbeit, die am 6. und 7. November stattfand. Unter der Überschrift „Empowerment – Selbstermächtigung von Frauen. Menschenwürdig arbeiten in der Einen Welt“ befassten sich die Delegierten mit Arbeitsbedingungen von Frauen im globalen Süden. Zudem ging es um die Frage, welcher Mittel es bedarf, damit diese Frauen sich ermächtigen und ihre Interessen eigenverantwortlich und autonom verfolgen können. Die Tagung, die von kfd-Referentin Annamaria Stahl und den Sprecherinnen Petra Löwenbrück und Stephane Schimmel geleitet wurde, fand aufgrund der Corona-Pandemie im Online-Format statt. Deswegen ungeachtet bot sie in zwei Studienblöcken nicht nur umfassende Informationen, sondern auch viele Möglichkeiten der Interaktion unter den Teilnehmerinnen.

## Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und Ausbeutung

„Zwischen Ausbeutung und Empowerment“ – so hatte Dr. Sabine Ferenschild ihren Vortrag zur Erwerbsarbeit von Frauen im globalen Süden überschrieben. Die Referentin vom Institut für Ökonomie und Ökumene SÜDWIND gilt als ausgewiesene Expertin für die Themenbereiche Frauen und Weltwirtschaft, Arbeitsbedingungen in der textilen Wertschöpfungskette und Arbeitsmigration von Frauen. Das Bonner Institut setzt sich für eine gerechte Weltwirtschaft ein; es deckt ungerechte Strukturen auf, entwickelt Handlungsmöglichkeiten und macht sich für die Gleichstellung von Frauen stark. Ferenschild gab zunächst einen Überblick zur Erwerbstätigkeit weltweit. Mehr als zwei Milliarden Menschen, ca. 61 Prozent der Erwerbsbevölkerung, arbeiten informell: d.h. ohne ausreichenden sozialen Schutz, mit geringen Arbeitsrechten und unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. 93 Prozent der informell Tätigen leben in Schwellen- und Entwicklungsländern – der ganz überwiegende Teil auf dem afrikanischen Kontinent. Während 58 Prozent aller erwerbstätigen Frauen weltweit informell arbeiten, sind Frauen im globalen Süden zu 92 Prozent in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen tätig. Allerdings gilt hier Ähnliches für Männer (87 Prozent). Der überwiegende Teil dieser Frauen arbeitet in der Landwirtschaft, gefolgt vom Dienstleistungssektor und einem geringen Prozentsatz auch in der Industrie, wo Tagelöhnerinnen in Bereichen mit geringen Bildungsanforderungen tätig sind. Dass in Schwellenländern wie Russland und China, im Nahen Osten und in Nordafrika mehr Männer als Frauen informell arbeiten, ist kein Indiz für gerechtere Strukturen. Vielmehr liegt der Grund darin, dass Frauen hier viel-



fach gar nicht erwerbstätig sind. „Obwohl sich die Bildungssituation auch von Mädchen und Frauen im globalen Süden in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat, schlägt sich diese Entwicklung nicht im Zugang zum geregelten Arbeitsmarkt und in besseren Arbeitsbedingungen nieder“, so ein Fazit der Referentin. Auch wenn mehr Frauen als jemals zuvor weltweit erwerbstätig sind, sind sie laut Studien in Sachen Arbeitsmarktchancen, Bezahlung, Art ihrer Tätigkeiten und Führungspositionen immer noch grundsätzlich benachteiligt.

## **Kinderarbeit in Indien – Zwangsarbeit in China**

Kinderarbeit und Zwangsarbeit seien zwei extreme Formen von Missachtung der Menschenwürde, erläuterte Ferenschild. So ist Indien eines der Länder, in denen Kinderarbeit immer noch stark verbreitet ist. Über zehn Millionen Mädchen und Jungen im Alter von fünf bis 14 Jahren arbeiten hier täglich bis zu 16 Stunden: überwiegend in der Landwirtschaft, aber auch im Dienstleistungssektor und in der (Textil-)Industrie. Das indische Recht schränkt zwar die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ein, sie ist jedoch nicht grundsätzlich verboten. Aufgrund ihrer Arbeit gehen rund 20 Prozent aller Kinder in Indien nicht zur Schule und können so ihre Chance auf Bildung nicht nutzen. Viele von ihnen werden durch die meist gefährliche und körperlich anstrengende Arbeit krank und kämpfen ihr Leben lang mit den Folgen.

Ein anderes Beispiel der Missachtung grundlegender Rechte berichtete die Referentin aus China, einem Schwellenland mit großer Bedeutung für den Weltmarkt. China sei kein typisch armes Land mehr; vielerorts hätten sich die Arbeitsbedingungen verbessert. Die Armutproblematik sei jetzt eher auf bestimmte Bereiche bezogen, so Ferenschild. Dazu gehöre vor allem die autonome Region Xinjiang im Westen des Landes, eines der wichtigsten Anbaugelände für Baumwolle weltweit. Seit Jahren sei bekannt, dass die dort lebende muslimische Minderheit der Uiguren massiv unterdrückt wird. Bis zu 1,8 Millionen von ihnen werden zu Zwangsarbeit verpflichtet – meist während ihrer Internierung in Lagern, in denen sie „umerzogen“ werden sollen. Jedes fünfte Textil aus China ist mit dem Risiko Zwangsarbeit behaftet.



## **Äthiopien – vom Agrarland zur Industrienation**

Der Textilsektor eignet sich besonders, um die oftmals katastrophalen Arbeitsbedingungen für Frauen aufzuzeigen, z.B. in Äthiopien. Das afrikanische Land, mit dem Deutschland und die EU eine enge Partnerschaft pflegen, möchte vom Agrarland zur führenden Industrienation Afrikas werden. Dabei hat die Textilbranche oberste Priorität. „Diese Branche bildet häufig den Einstieg in Richtung Industrieland, weil hier vielfach ungelernete und damit billige Arbeitskräfte eingesetzt werden können“, erklärte Ferenschild. Weil der zollfreie Zugang zur EU und auf den US-Markt, aber auch die räumliche Nähe zur EU Vorteile bringen, nutzen mittlerweile auch Länder wie China oder die Türkei diesen Standort. China hat sogar den Bau einer Zugstrecke finanziert, um Äthiopien, das keinen direkten Meerzugang hat, an die maritime Seidenstraße anzubinden.

Im Hawassa-Industriepark, dem größten Industriepark des Landes, wo auch namhafte Firmen wie adidas, Nike, Calvin Klein, Tommy Hilfinger oder H & M produzieren lassen, herrschen inakzeptable Arbeitsbedingungen. So sind Gewerkschaften verboten, sexuelle Übergriffe gegenüber den fast ausschließlich weiblichen Beschäftigten an der Tagesordnung und die Löhne extrem niedrig. Einen Mindestlohn gibt es in Äthiopien nur für den öffentlichen Dienst. 92 Prozent aller in der Textilbranche Beschäftigten verdienen mit 25 Dollar deutlich weniger als die zur Existenzsicherung benötigten 146 US-Dollar pro Monat/Person. Gegen diese prekäre Lohnsituation sowie für sichere Arbeitsbedingungen und einen Stopp sexueller Gewalt am Arbeitsplatz haben die Textilarbeiterinnen im letzten Jahr erstmals gestreikt. Die ohnehin schwierige Situation von Frauen im globalen Süden verschärfte sich aktuell aufgrund der Corona-Pandemie noch weiter, so die Sozialwissenschaftlerin. So hätten allein in den asiatischen Ländern 65 Millionen Menschen ihre Arbeit im Textilsektor verloren; 40 Prozent wurden nach dem Lockdown entlassen. Grundsätzlich könne die Textilbranche aber auch positive Entwicklungen in Gang setzen, so die Referentin. Da sie häufig andere Industrien nach sich ziehe, würden Arbeitsbedingungen und Löhne auf lange Sicht steigen. Weltweit gäbe es dann immer weniger Länder, in die Abwanderung lohne. Somit biete die Textilbranche mit Blick auf die Zukunft tatsächlich auch Potentiale für nachhaltige Entwicklung.

## Internationales Arbeitsrecht wird missachtet

„Dabei gibt es klare Vorgaben, wie menschenwürdige Arbeit auszusehen hat, und das schon seit gut 100 Jahren“, betonte Ferenschild mit Blick auf die vielen Verletzungen von Arbeitsrechten weltweit. 1919 war im Rahmen des Friedensvertrages von Versailles die Internationale Arbeitsorganisation ILO gegründet worden. Sie basiert auf der Erkenntnis, dass es ohne soziale Gerechtigkeit keinen Frieden geben kann. Ihre Aufgabe ist die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialstandards. Dazu gehören die soziale und faire Gestaltung der Globalisierung und die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit als eine zentrale Voraussetzung der Armutsbekämpfung. Die Grundprinzipien der ILO sind Gewerkschaftsfreiheit, das Verbot von Diskriminierung sowie die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit. Im Laufe der Jahrzehnte wurden diese Prinzipien in acht Übereinkommen, den sog. Kernarbeitsnormen, erweitert und konkretisiert. Dazu zählen existenzsichernde Löhne, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, gleicher Lohn für gleiche Arbeit oder der Acht-Stunden-Tag.

Zu den Meilensteinen in der Geschichte der ILO, die 1946 die erste Sonder-Organisation der UN wurde, gehört die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis. Dieser wurde ihr 1969 für die Bemühungen, Friedens- und Sozialordnung miteinander zu verknüpfen, verliehen. Aber auch die Anerkennung von acht Kernarbeitsnormen als Menschenrechte bei der Arbeit im Jahr 1998 gehört zu den Meilensteinen.



Dass es dessen ungeachtet viele Verstöße gegen menschenwürdige Arbeit gebe, habe viele Gründe, so Ferenschild. Nicht zuletzt fehle es neben konsequenter Umsetzung an einem robusten Kontroll- und Sanktionssystem. Abgesehen von den vier Grundprinzipien, die universell für alle Länder völkerrechtlich bindend sind, müssen die 187 Mitgliedstaaten die Übereinkommen und Empfehlungen erst ratifizieren. Und selbst wenn dies der überwiegende Teil der Staaten tut, ist deren Umsetzung damit nicht garantiert. Die Arbeitsinspektionen, die dies kontrollieren dürften, seien stark unterbesetzt und würden so ihre Aufgabe nicht erfüllen können. Andererseits habe sich gezeigt, dass eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Menschen genau dort entsteht, wo Regierungen und Sozialpartner Maßnahmen ergreifen, die gesicherte Beschäftigungsverhältnisse fördern, die die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit unterstützen und die Frauen auf allen Entscheidungs- und Führungsebenen beteiligen. Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen gelten mittlerweile allgemein als effektive Mittel zur Minderung von Armut, Hunger und Krankheit. Frauen seien die eigentlichen Triebfedern für Entwicklung.

## Empowerment: Rechte – Organisation – Schulung

„Möglichkeiten für Empowerment durch Erwerbsarbeit“ – darum ging es im letzten Teil des Vortrages von Sabine Ferenschild, der die Bereiche Rechte, Organisation und Schulung in den Fokus rückte. Diesem stellte sie folgende Definition voran: „Empowerment ist eine Strategie, um den



Grad der Autonomie von Menschen zu erhöhen mit dem Ziel, dass sie eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt leben und ihre Interessen vertreten können.“ Die Basis dafür sei die Stärkung des Selbstbewusstseins der Frauen: in Schulungen zu politischen, bürgerlichen und arbeitsbezogenen Rechten, zu Methoden und Instrumenten des Engagements, zur Ausbildung von Führungskompetenzen und zu

Verhandlungstraining. Auf dieser Basis gelte es sich zu organisieren, so die Referentin. Das könne in lokalen, nationalen und internationalen Gewerkschaften sein, in Arbeitsrechtsorganisationen, Bürgerrechtsbewegungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mittel seien auch Streiks und ziviler Ungehorsam. So könnten Frauen im globalen Süden der Umsetzung ihrer Rechte Nachdruck verleihen: politische Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, die Umsetzung des internationalen Arbeitsrechtes im nationalen Recht sowie die Abschaffung des Gender Pay Gaps und jeglicher politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Diskriminierung von Frauen.



## Wachsende Unsicherheiten am Arbeitsmarkt

In einem zweiten Studienteil gab Dr. Verena Tobsch vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung INES, Berlin, einen kurzen Überblick über wachsende Unsicherheiten und Ungleichheiten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Diese seien aufgrund von Digitalisierung und technischem Fortschritt, von Globalisierung und dem Rückgang der Tarifbindung entstanden. Andererseits, so die Wirtschaftswissenschaftlerin, habe es vergleichbare Verunsicherungen auch in der Vergangenheit gegeben. Unter der Überschrift „Geschichte der Zukunft der Arbeit“ zeigte sie anhand von Titelbildern des „Spiegel“ aus den Jahren 1964, 1978 und 2016, dass die Sorge um



sichere Beschäftigung aufgrund von Automatisierungsprozessen nicht neu sei. Die Angst, den Arbeitsplatz im Zuge solcher Veränderungen zu verlieren, habe Tradition, so Tobsch. Doch auch aktuell sehe sie eher eine Zukunft, in der sich der Wegfall herkömmlicher und die Entstehung neuer Arbeitsplätze die Waage halten werden.

Dennoch gelte es natürlich, auf problematische Entwicklungen in der digitalisierten Arbeitswelt zu reagieren. In dessen Folge seien klassische Normalarbeitsverhältnisse zurückgedrängt worden, die Schere zwischen den Löhnen an den Rändern sei weiter auseinandergegangen und ungesicherte Arbeitsplätze auf Internetplattformen hätten zugenommen. „In den letzten zwei Jahrzehnten sind die Bereiche Minijob, Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse stark gewachsen“, so die Referentin, und davon seien Frauen überproportional betroffen. Zudem gebe es auch in der modernen Arbeitswelt einen erkennbaren Gendergap zum Nachteil von Frauen, was Zugang, Nutzungsverhalten und weitere Faktoren betreffe. „Auf diese Missstände muss man klar aufmerksam machen“, betonte Tobsch. Nur so könne eine nachhaltige Mitwirkung an geschlechtergerechten und menschenwürdigen Bedingungen in der digitalisierten Arbeitswelt gelingen.

## Solidarisch sein - Öffentlichkeit herstellen

In unterschiedlichen Gruppenformaten beschäftigten sich die Delegierten abschließend mit den Anliegen von prekär beschäftigten Frauen in Deutschland, dem möglichen Beitrag der kfd zum Thema „Menschenwürdig arbeiten“ und den Chancen und Risiken der digitalisierten Arbeitswelt für Frauen in Deutschland. Letztere reichten von Erleichterungen im Homeoffice oder einer höheren Flexibilität bis hin zu mangelnder technischer Ausstattung, höherer Arbeitsbelastung, fehlender Absicherung oder der Entgrenzung von Arbeit. Auch wiesen die Teilnehmerinnen darauf hin, dass selbst in Deutschland die Richtlinien der ILO bei prekärer Beschäftigung nicht eingehalten würden. Mit Blick auf die Arbeitsbedingungen weltweit hatte Ferenschild positiv hervorgehoben, dass der kfd-Bundesverband Mitglied im „Textilbündnis“ ist, einer Partnerschaft mit rund 135 Mitgliedern aus Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, das die sozialen und ökologischen Bedingungen in der weltweiten Textilproduktion verbessern will. Da der Markt unübersichtlich sei, könnten Einzelne nur begrenzt Einfluss nehmen, so die Sozialwissenschaftlerin. Grundsätzlich müsse die kfd auf allen Verbandsebenen und in allen Netzwerken auf Missstände

### Termine:

19. – 21. März 2021, Frühjahrstagung Mainz  
17. – 18. September 2021, Herbsttagung Mainz  
19. – 21. November 2021, Jahrestagung Mainz

**Text/Foto:** Beate Behrendt-Weiß / Journalistin  
PPPs: Dr. Sabine Ferenschild / Dr. Verena Tobsch

### Kontakt:

Ständiger Ausschuss Frauen und Erwerbsarbeit  
Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands  
Prinz-Georg-Str. 44, 40477 Düsseldorf  
Telefon: 0211-44992-74  
Sekretariat: Ute Chrubasik, [ute.chrubasik@kfd.de](mailto:ute.chrubasik@kfd.de)  
[www.kfd.de](http://www.kfd.de)  
[www.kfd-bundesverband.de/die-kfd/staendiger-ausschuss-frauen-und-erwerbsarbeit.html](http://www.kfd-bundesverband.de/die-kfd/staendiger-ausschuss-frauen-und-erwerbsarbeit.html)

und unwürdige Arbeitsbedingungen aufmerksam machen, um auch auf diesem Weg Solidarität mit den Menschen im globalen Süden herzustellen, so wie es am Beispiel der Textilbranche aufgezeigt worden sei. Das bedeute auch, vorhandene Positionspapiere wie „Nachhaltig und geschlechtergerecht weltweit“ verstärkt in die Arbeit einzubeziehen und mit Nachdruck in die Öffentlichkeit zu bringen, so die Delegierten. Vor allem gelte es, politische Vorhaben wie das geplante Lieferkettengesetz zu unterstützen, das alle Branchen in den Blick nehme. Ein Beitrag könne auch die individuelle Unterstützung von Projekten in Ländern des globalen Südens sein, die das Empowerment von Frauen ermöglichen.